



per Telefax/E-Mail

München, 8.4.2009

Bayerischer Verwaltungsgerichtshof

- Pressemitteilung -

Verbot der "Heidenspaß-Party" am Karfreitag rechtmäßig

Die Landeshauptstadt München durfte die an einem Karfreitag geplante "Heidenspaß-Party" verbieten. Dies hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (BayVGH) mit Urteil vom 7. April 2009 entschieden und damit die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Münchens bestätigt.

Der Kläger ist eine Weltanschauungsgemeinschaft, die als Vereinigung von Konfessionslosen für eine Trennung von Staat und Kirche eintritt. Die Landeshauptstadt München untersagte dem Kläger die Durchführung der Veranstaltung "Heidenspaß-Party" am Karfreitag, den 6. April 2007, in den Räumlichkeiten des "Oberanger Theater" in München. Nach erfolgloser Durchführung eines Eilverfahrens über zwei Instanzen nahm der Kläger von der Durchführung der beabsichtigten Party Abstand. Mit der nachträglich erhobenen Klage begehrte der Kläger die Feststellung, dass das Verbot der Veranstaltung rechtmäßig war.

Nach Auffassung des BayVGH war die Verbotsverfügung für die am Karfreitag 2007 geplante "Heidenspaß-Party" rechtmäßig. Der Kläger habe das nach dem Feiertagsgesetz bestehende Verbot, am Karfreitag in Räumen mit Schankbetrieb musikalische Darbietungen zu veranstalten, beachten müssen. Die geplante Tanzveranstaltung habe nach den damaligen Ankündigungen vorrangig Unterhaltungszwecken dienen sollen und genieße daher weder den Schutz der verfassungsrechtlich garantierten Bekenntnis- noch der Versammlungsfreiheit. Das Feiertagsgesetz stehe im Einklang mit den verfassungsrechtlichen Vorgaben. Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts stelle der Sonn- und Feiertagsschutz ein verfassungsrechtlich vorgeschriebenes Regelungselement dar. Der bayerische Gesetzgeber habe angesichts der besonderen Bedeutung des Karfreitags zu Recht musikalische Darbietungen jeder Art in Räumen mit Schankbetrieb verboten.

Die Revision gegen dieses Urteil ist nicht zugelassen worden. Hiergegen kann Beschwerde zum Bundesverwaltungsgericht in Leipzig erhoben werden.

(Bayer. Verwaltungsgerichtshof, Urteil vom 7.4.2009 Az. 10 BV 08.1494)

Pressesprecher	Postanschrift	Dienstgebäude	Telefon	Telefax
Ri'inVGH Andrea Breit, Tel. 2130-334, Fax 2130-315	Postfach 34 01 48	Ludwigstr. 23	(089) 21 30-0	(089) 21 30 320
RRin Christiane Viefhaus, Tel. 2130-264, Fax 2130-464	80098 München	80539 München	E-Mail: poststelle@vgh.bayern.de	
RiVGH Dr. Dieter Zöllner, Tel. 2130-332, Fax 2130-431			Internet: http://www.vgh.bayern.de	